

SPANIEN

Schlinge um den Hals

Ein Jahr nach Amtsantritt der konservativen Regierung geht es dem Land schlechter denn je. Zehntausende protestieren gegen Sparmaßnahmen. Zwangs-räumungen sind zum Symbol der Krise geworden.

Joan Peinado Garrido, 59, schläft nicht mehr, das Essen bleibt ihm im Hals stecken, er schluckt Tabletten und stottert wieder, wie immer, wenn er aufgeregt ist. Der schwächliche Mann führt seine Mutter María José, 86, von der gekachelten Küche ins Wohnzimmer.

Die gehbehinderte Frau stützt sich auf einen Stock, sie braucht Hilfe, nicht nur beim Gehen. Seit 50 Jahren wohnt die Familie in dem weißen Eckhaus an der Avenida Mediterránea Nummer 52 in Vidreres bei Girona, etwa 80 Kilometer nordöstlich von Barcelona. Nun soll Peinado sein Heim räumen. Wo er aber dann mit seiner arbeitslosen Tochter Mireilla,

28, dem siebenjährigen Enkel und der Mutter bleiben kann, das weiß er nicht.

Im Haus riecht es nach Scheuermilch. Der Boden in Küche und Bad ist spiegelblank geputzt, die Weingläser in der Vitrine im Wohnzimmer stehen in Reih und Glied. Enkel Marc hat seine Spielautos vor dem Bett in einem fast perfekten Kreis geordnet. Im Kinderbett daneben schläft der Großvater. Keine Kiste deutet darauf hin, dass hier ein Auszug bevorsteht.

An die 400 000 Verfahren zur Zwangs-räumung sind in Spanien seit 2007 eröffnet worden, etwa halb so viele Familien haben schon Wohnungseigentum verloren, für die meisten war es ihr Zuhause. Die Räumungen sind im fünften Krisen-jahr in Folge zum Symbolbild der Misere geworden. Die Berufsvereinigung der Richter registrierte allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 94 502 davon, zuletzt gar 532 pro Tag, ein Rekord.

Was aber passiert mit Menschen, denen man nicht nur die Arbeit, sondern auch noch das Zuhause nimmt und alle Hoffnung auf Besserung? In 1,7 Millionen Haushalten bezieht inzwischen kein einziges Familienmitglied mehr ein Gehalt. Fast vier Millionen Menschen verloren seit Ende 2007, seit die Immobilienblase platzte, ihre Arbeit. Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen gilt mittlerweile als langfristig beschäftigungslos. Immer mehr Spanier können daher ihre Kredite nicht weiter bedienen, die Bankangestellte ihnen einst zum Kauf von Wohnungen, Häusern oder Geschäftsräumen aufgeschwatzt haben.

Nach einer Prognose der spanischen Zentralbank werden die Zwangs-räumungen im kommenden Jahr noch einmal um 30 Prozent zunehmen. Auch zum Jahres-

Familie Peinado

Bis zuletzt im Ungewissen



Demonstration gegen Sparpolitik in Madrid: Aus

ende ist ein Weg aus der Krise nicht zu sehen, die Aussichten für 2013 sind düster.

Kleine Betriebe müssen Konkurs anmelden, große Unternehmen kündigen weitere Entlassungen an, internationale Konzerne ziehen sich aus dem Land zurück. Im kommenden Jahr, so schätzt der Unternehmerverband in Madrid, könnte die Wirtschaftsleistung um weitere 1,3 Prozent einbrechen und das Heer der Arbeitslosen auf mehr als sechs Millionen anschwellen.

Schon jetzt müssen 12,7 Millionen Menschen mit weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens auskommen, 27 Prozent der Bevölkerung gelten so als arm. Das Land werde über 20 Jahre brauchen, um den Lebensstandard der guten Jahre wieder zu erreichen, stellte eine gemeinsame Untersuchung von Unicef, Oxford und „Ärzte ohne Grenzen“ fest.

Die Krise habe „die DNA Spaniens verändert“, sagt Francisco Lorenzo, Leiter einer sozialen Forschungsgruppe der Caritas: „Von einer Gesellschaft mit Armut verwandeln wir uns gerade in eine Armutsgesellschaft.“



BLOOM GÖTTLICHER / DER SPIEGEL



einer Gesellschaft mit Armut wird eine Armuts-gesellschaft

Ein Jahr nach Amtsantritt der Regierung von Mariano Rajoy geht es dem Land schlechter denn je. Vergangene Woche erhielt Spanien zwar fast 40 Milliarden Euro aus dem europäischen Fonds zur Restrukturierung seiner maroden Banken. Doch Experten in Madrid und Brüssel befürchten nach wie vor, dass die Regierung Anfang 2013 ein Rettungsprogramm für die gesamte Wirtschaft beantragen muss. Dabei könnte die Lage in Italien die Risikoauflage auf Staatsanleihen, die Spanien braucht, um an frisches Geld zu kommen, erneut in untragbare Höhen treiben.

Sein Land werde, wenn das nötig sei, unter den Rettungsschirm schlüpfen, versicherte Ministerpräsident Rajoy Anfang Dezember. Gegenwärtig aber brauche Spanien noch keine europäische Hilfe. Um faule Immobilienkredite von Sparkassen und Banken auszulagern, schuf die Regierung nun eine „Bad Bank“. All das sind Bestandteile eines Maßnahmen-

pakets gegen die Krise, aber sie reichen nicht, um das abhandengekommene Vertrauen in die eigene Volkswirtschaft wiederherzustellen. Und so protestieren Lehrer und Studenten gegen die Kürzungen bei den Bildungsausgaben, die Ärzte gegen eine Privatisierung öffentlicher Krankenhäuser und die Richter gegen neue Gebühren für Bürger, die Prozesse anstrengen.

Von der zunehmenden Armut im Land und ihrem sichtbarsten Zeichen, den Zwangsräumungen, sind mittlerweile Rentner, die für ihre Söhne und Töchter mit dem Eigenheim gebürgt haben, ebenso betroffen wie Angehörige der einst gut-situierten Mittelschicht und junge Selbständige. In Katalonien sieht es besonders schlecht aus, und dort vor allem in der Gegend um Girona, wo die Arbeitslosigkeit schon jetzt bei 26 Prozent liegt.

Vier Selbstmorde von Spaniern, die ihre Wohnung verlieren sollten, haben das Land in

den vergangenen Wochen erschüttert. Die Regierung Rajoy ordnete eilig ein zweijähriges Moratorium der Räumungen an, allerdings nur für penibel definierte Härtefälle: Familien mit mehr als zwei Kindern, die über weniger als 19 000 Euro Jahreseinkommen verfügen und davon über die Hälfte für Hypothekenzahlungen aufwenden müssen, werden einstweilen verschont. Ebenso Alleinerziehende mit einem Kind unter drei Jahren. Ihre Zinsschuld wächst unterdessen weiter.

Für Joan Peinado gilt das Moratorium nicht: Der Lebensmittelchemiker, der früher in der örtlichen Molkerei arbeitete, bezieht seit einem Dienstunfall vor 20 Jahren und zehn Knieoperationen eine Invalidenrente. Als Härtefall wird er nicht anerkannt.

An einem Freitag Mitte Dezember versammeln sich ab acht Uhr morgens bei klarem Himmel und eiskaltem Wind über hundert Frauen und Männer vor Peinados weißem Haus in Vidreres. Für diesen Tag ist das Räumkommando angekündigt. Die Anwesenden sind entschlossen, sich in den Weg zu stellen. Zwei Polizisten

532

Wohnungen
pro Tag
wurden im
zweiten Quartal
dieses Jahres
geräumt.

haben ihren Streifenwagen auf der anderen Straßenseite postiert.

Mit der Unterschrift für eine Hypothek von 160 200 Euro bei der Sparkasse Caja Madrid, die damals in Katalonien um Kunden warb, hatte das Unglück von Joan Peinado aus Vidreres seinen Lauf genommen. Anfang 2006 beschloss er, seiner verwitweten Mutter das Elternhaus abzukaufen.

Damals arbeitete seine Frau noch. Vor drei Jahren dann verließ sie ihn. Seine Tochter verlor ihre Stellung und kam mit dem kleinen Sohn zurück zum Vater, der sich auch noch um die Oma kümmern muss. Mit 1050 Euro Invalidenrente konnte Peinado die monatlichen Ratenzahlungen von 700 Euro nicht mehr leisten. Und sein altmodisches Familienhaus war in der aufstrebenden Gemeinde, an deren Rändern Villenviertel aus dem Boden wuchsen, längst unverkäuflich geworden.

Im Mai 2010 zog Peinados Sparkasse, inzwischen aufgegangen in das Geldhaus Bankia, vor Gericht und verlangte auf einen Schlag die vorzeitige Rückzahlung des Kredits, dazu Verzugszinsen und Anwaltskosten, zusammen mehr als 210 000 Euro. Da er die Forderung nicht erfüllen konnte, verfügte der Richter im September die Zwangsräumung. Die Immobilie fällt somit zurück an die im Mai verstaatlichte Bankia, zu nur 60 Prozent des ursprünglich geschätzten Werts.

Doch die Schuld ist immer noch nicht getilgt. Nach spanischem Recht haftet der Katalane mit dem kaputten Knie zeit lebens persönlich mit all seiner Habe für die Abzahlung der restlichen Kreditsumme samt Säumnisgebühren. In seiner Not hat sich Peinado an die Hilfsinitiative PAH gewandt, die „Plataforma de afectados por la hipoteca“. Seit ihrer Gründung in Barcelona vor fast vier Jahren hat die Organisation 510 Räumungen verhindern können. Anwälte beraten gratis bei Eingaben an Behörden und Verhandlungen

mit Kreditinstituten. Überall im Land regt sich Protest, formieren sich Unterstützerguppen. Sogar die sonst so konservativen Richter zogen schon gegen die Zwangsräumungen auf die Straße.

Um Joan Peinado an seinem Schicksalstag beizustehen, ist Marta Afuera von der PAH aus Girona gekommen. Sie begleitet ihn zum Gericht in die Kleinstadt Santa Coloma de Farners, um den Räumungsbefehl einzusehen. Im November hatten sie schon einmal vier Wochen Aufschub erwirkt. Es sei „inhuman“, die Familie bis zum letzten Augenblick im Ungewissen zu lassen, sagt Afuera.

Als die beiden am Vormittag mit der Nachricht nach Vidreres zurückkehren, bis auf weiteres werde nicht geräumt, jubelt die Menge in den grünen Shirts der PAH-Bewegung. Peinados Bank hatte zwei Tage zuvor beim zuständigen Richter um Aufschub gebeten; das Geldhaus hatte gerade Milliarden aus EU-Fonds erhalten, da wollte es wenige Tage vor Weihnachten keinen Imageschaden riskieren.

Abgewendet ist die Räumung damit nicht. Trotzdem, Junge und Alte schwenken jetzt rote Stoppschilder aus Pappe und selbstbemalte Transparente. „Gemeinsam sind wir stark“, rufen sie. Joan Peinado greift zu einem Mikrofon, sagt danke und stottert kaum dabei. Er strahlt, befreit von der „Schlinge, die ich seit Tagen um den Hals gespürt habe“.

Auch Joan Bossacoma aus Celrà steht vor dem Haus und applaudiert ihm. Die Wohnung des stämmigen Mannes, der in guten Jahren viel Geld mit seinem Kleiderverkauf auf Wochenmärkten verdiente, wurde geräumt, als er gerade nicht zu Hause war. Die katalanische Polizei tauschte einfach das Schloss bei ihm aus.

Eine richterliche Anordnung zur Räumung ist ihm nie zugestellt worden. Aus „Notwehr“, wie er sagt, besetzte Bossacoma sein eigenes Haus anschließend wieder. In der Krise sind selbst die spießigsten Spanier zu „okupas“ der eigenen oder anderer leerstehender Wohnungen geworden. Joan Bossacoma weiß dabei sogar den Bürgermeister hinter sich.

Denn im Rathaus von Celrà nimmt sich Dani Cornellà, 34, der neuen Armen im Ort an. Seit eineinhalb Jahren ist der Bürgermeister von der linken katalanischen CUP im Amt. Um Bossacoma zu helfen, schilderte er dem Richter die Notlage und schaltete sich auch in die Verhandlungen mit der Bank ein.

Insbesondere Institute, die mit öffentlichem Geld saniert werden, müsse man zwingen, Sozialwohnraum zu vermieten, fordert Cornellà. Die Banken müssten die Rückgabe von Immobilien anstelle der Hypothekenzahlungen akzeptieren.

Denn bisher, so Cornellà, würden Zahlungsunfähige einfach aus der Gesellschaft ausgeschlossen, erhielten niemals wieder einen Kredit. „Warum aber sollte jemand noch arbeiten, wenn zeitlebens alles die Bank abkassiert?“, fragt der Bürgermeister.

Das müsse sich ändern, so glaubt Cornellà, die Spanier würden schon im kommenden Jahr mit Demonstrationen eine Reform des europaweit härtesten Hypothekengesetzes erzwingen. Sogar die Vereinigung der Richter fordert das nun. José María Fernández Seijo, Vorsitzender Richter des Handelsgerichts 3 der katalanischen Hauptstadt, löste die Debatte aus, indem er den Fall eines nahe Barcelona zwangsgeräumten Marokkaners vor den Europäischen Gerichtshof brachte. Der bestätigte Anfang November vorläufig, das spanische Recht verletze europäische Normen, weil sich die Schuldner gegen missbräuchliche Vertragsklauseln und überhöhte Zinsen nicht wehren könnten.

Das Urteil erwartet Fernández Seijo im Februar. „Das Gesetz muss grundlegend geändert werden“, sagt er und fordert wie viele Kollegen einen Teilerlass der Schulden, eine „zweite Chance für die Betroffenen“.

Ob Joan Peinado mit den Seinen bleiben darf, ob er je seine Schulden loswird, ob er wieder ruhig schlafen kann, all das ist ungewiss. Den 6. Januar, wenn Enkel Marc auf die Geschenke der Heiligen Drei Könige wartet wie alle spanischen Kinder, will er noch in der Avenida Mediterránea Nummer 52 feiern. Nicht bei Freunden, nicht in einer Notunterkunft, sondern einfach zu Hause.

40

Milliarden Euro hat Spanien aus dem europäischen Rettungsfonds für seine Banken erhalten.



Bürgermeister Cornellà vor dem Rathaus von Celrà